

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (u. Ausw.): Handeltst. Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs (A 7) 3860-3868 für den Verleger; Am Dönhofs 3869-3888. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 650.

Auf Montag vertagt

Zweihundzwanzig suchen ein Programm

Am Samstag hat heute 22 Vertreter der 5 Parteien, die für die Bildung der Großen Koalition in Frage kommen, wieder zu Beratungen zusammengetreten. Von den Sozialdemokraten waren 5 Unterhändler, von der Sozialpartei 4, ebenso wie vom Zentrum erschienen. Die Demokraten waren durch die Abg. Koch-Weser und Dietrich vertreten.

Herrmann Müller hat den Unterhändlern in großen Zügen sein Regierungsprogramm unterbreitet und die fraktionsvertreter haben nun ihre programmatischen Wünsche dazu vorgebracht. Man versucht also, die nicht leichte Aufgabe zu lösen, aus fünf Regierungsprogrammen ein brauchbares Regierungsprogramm herauszubekommen. Die Auffassung eines solchen Programms wäre sicher leichter, wenn die Mitarbeiter zukünftiger Ministerkabinette wären und nicht Vertreter ihrer Fraktionen.

Das Ergebnis der Besprechung, das um 2 Uhr auf Montag vertagt wurde, entspricht dieser Verhandlungs-Methode. Es sollen jetzt noch einmal die Fraktionen zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen.

Erörtert wurde vor allem die Frage des Einheitskurses, es, bei der die demokratische Fraktion eine stärkere Formulierung anregte, als es von den übrigen Parteien geschah. Auch die Frage der Freier des Verfassungstages wurde berührt, wobei von der Sozialpartei als Nationalisierer nicht der 11. August, sondern der 18. Januar in den Vordergrund gerückt wurde. Auch hierüber soll erst noch einmal in den Fraktionen gesprochen werden.

Die preussische Frage bleibt vorläufig noch immer Zentrumgrund. Zu einer Klärung werden in der nächsten Woche, wahrscheinlich Dienstag oder Mittwoch, die Vertreter der preussischen Koalitionsparteien von sich aus im Landtag zusammenzutreten und mit den von der völkervertreitlichen Landesregierung ernannten Unterhändlern verhandeln.

Die „Vossische Zeitung“ konnte schon heute fest berichten, daß zu diesem Zweck die angehehrte Berlin-Weidenauer Zentrumfraktion Dr. Gey und der Minister Dietzschke nach Berlin gebeten worden sind. Die Rückkunft beider Herren wird nur Dienstag oder Mittwoch nicht erfolgen können, da Anfang der kommenden Woche eine Sitzung des Zentrums-Parteiausschusses für die Rheinlande stattfindet, die nach dem Wahlsloß besonders wichtig sein verlangt hat und an der beide Zentrumfraktionen teilnehmen müssen. Es kann mit einem Ergebnis der Verhandlungen in Preußen gerechnet werden, das der Sozialpartei die Garantie für das Zustandekommen der Großen Koalition in Preußen für den Herbstherbst gibt.

Die alte Koalition in Bayern

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

am München, 15. Juni
In einer öffentlichen Versammlung hat die Bayerische Sozialpartei bekannt, daß bei ihr volle Einmütigkeit darüber besteht, daß sie als führende Partei des Landes die Führung bei den

Der deutsch-estnische Entschädigungsfreist

Günstige Aussichten auf Beilegung
Die Aussichten auf Beilegung des deutsch-estnischen Streites um die Entschädigung ehemals russischer und jetzt reichsdeutscher Grundbesitzer in Estland, deren Wille durch die estnische Agrarreform einseitig worden waren, haben sich im Laufe der vor einiger Zeit abgeschlossenen Verhandlungen der Geschädigten mit der Sowjetregierung nicht ungünstig abgelehnt. Nicht zuletzt durch die Stellungnahme der „Vossischen Zeitung“, die sich entschieden dagegen gemeldet hat, daß durch Forderungen, die Estland nicht tragen kann — es waren Summen von über 130 Millionen Goldmark gefordert worden — die Beziehungen zwischen Deutschland und Estland getrübt werden, haben sich die Geschädigten in ihrer überwiegenden Mehrheit dazu erklart, der estnischen Regierung fort möglichstige Forderungen zu überreichen, die sich etwa auf 18 Millionen Goldmark belaufen.

Koalitionserverbindungen zu übernehmen hat. Diese fallen in der kommenden Woche aufgenommen werden. Ihr Ergebnis wird „abon abhängen, inwiefern es der Partei gelingt, andere Parteien für ein politisches Arbeitsprogramm zu gewinnen, dessen Inhalt durch die Lebensnotwendigkeiten der bayerischen Staatspolitik genügend bestimmt wird. Die Verhandlung ist von der Fraktion in keiner Weise gebunden.“ Lebensnotwendigkeiten für Bayern, wie die Bayerische Sozialpartei sie versteht, sind Eigentumslosigkeit und finanzielle Gleichstellung. Sie wird nach dieser Rundschau also die alte Koalition, die auf den Föderalismus verzichtet ist, wieder herbeizuführen suchen.

Die hessische Regierung hat den bisherigen Ministerialrat im Handelsministerium Wilhelm Schent unter Beförderung

zum Ministerialdirektor zum Stellvertretenden Reichsrats-Beschäftigten und zum Leiter der hessischen bayerischen Wirtschaftsstelle in Berlin ernannt.

Stahlhelm und Volkspartei

Der „Stahlhelm“ hat am 13. Juni eine Erklärung erlassen, die für seine „Kamraden“ im Reichstag nachdrücklich eintritt. Danach sollte jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ausgeschlossen sein. Die Erklärung war offenbar aber bestimmt, die Deutsche Sozialpartei von der Großen Koalition abzuhalten.

Das war offenbar selbst Herrn Dr. Schulz etwas zu viel. Es erfolgte eine Besprechung mit dem „politischen Referenten“ des Stahlhelms, die mit einem vollen Sieg des Stahlhelms endete. In einer Erklärung verurteilt die Bundesversammlung des Stahlhelms, die keine selbstverständlich nicht beendet, die Kamraden abzuhalten in der freien Ausübung ihres Mandats entsprechend dem Artikel 31 der Reichsverfassung zu verhindern.
Woran haben sie denn sonst gedacht?

Deutschnationale Entrüstung

Wieder ein Schlag ins Wasser

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

In Paris, 16. Juni
Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat durch den Grafen Westarp erklären lassen, daß die Teilnahme an der am 18. Juni beginnenden interparlamentarischen Handelskonferenz „aus Gründen der nationalen Würde ablehnen müsse“, da die Verhandlungen in der Egipt-Galerie des Schlosses von Versailles stattfinden, in der im Jahre 1919 der Friedensvertrag unterzeichnet wurde. Wie wir erfahren, ist diese Behauptung der deutschnationalen Partei nicht aus den Fingern gelsen. Das Büro der interparlamentarischen Handelskonferenz ermöglicht uns, sie kategorisch zu demontieren. Die Verhandlungen finden im sogenannten Kongreßsaal von Versailles, dem Sitzungssaal der französischen National-Versammlung, statt.

Delegierten bestimmen können, da wir in den ersten Tagen der Session mit der Regierungsbildung beschäftigt sind. Gerade die wirtschaftlich interessierten Abgeordneten sind für die Erfüllung des Regierungsprogramms und die Zusammenfassung der neuen Regierung in Berlin unentbehrlich.

Wie bebauern sehr das unangenehme zeitliche Zusammenreffen mit dem Pariser Kongreß, denn, wie Sie wissen, der Deutsche Reichstag das größte Interesse entgegenbringt. Ich möchte Ihre Verhandlungen im Namen des Reichstages den besten Erfolg und hoffe, daß in London und Rio de Janeiro begonnene, in Paris fortgesetzte Arbeit im nächsten Jahre in Berlin eine weitere erfolgreiche Förderung erleben wird. Wir werden Ihre Verhandlungen, und wenn wir bei dieser Sitzung nicht vertreten sind, mit lebhaftem Interesse, und würden es dankbar begrüßen, wenn Sie die Güte hätten, uns die Drucksaal und Protokolle über Verhandlungen in derselben Weise wie den Teilnehmern an der Konferenz zuzuschicken. Wegen der Einzelheiten für die Berliner Sitzung erlaube ich mir, später nähere Vorschläge zu machen.“

Schluß der Internationalen Arbeitskonferenz

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

in Genf, 16. Juni
In ihrer Schlußsitzung nahm die Internationale Arbeitskonferenz das einjährige Abkommen über die Einführung der Arbeitlosen zur Festsetzung von Mindestlöhnen sowie die Empfehlung mit Richtlinien für die Anwendung der Konvention mit der nötigen Zwischmittel-Zweckheit an. Ohne Widerspruch beschloß die Konferenz, das Problem der Unterberührung einschließlich des Schutzes für Arbeiter auf die Tagesordnung der Konferenz von 1929 zu setzen.

In seiner Schlußrede unterzog der Präsident, der frühere argentinische Außen- und Unterrichtsminister Dr. Casarola, das Scheitern der Konferenz einer eingehenden Würdigung und wies mit besonderer Genauigkeit auf das Prinzip der Demokratie hin, das in der Zusammenfassung der Versammlung zum Ausdruck komme, und in dem er das wahre Ziel für die Gesamtheit und das Individuum erblickte. Eine Vertreterin der japanischen Unternehmer diente diesmal in japanischer Sprache namens der Konferenz dem Präsidenten für sein Wirken als Vorkämpfer.

Bilshagen in ein Munitionslager

Nach politischen Meldungen ist das Munitionslager der Sowjetarmee in dem russischen Grenzort Groß-Dukow gestern durch einen Blitzschlag in die Luft geflogen. Wie der Blitz einschlug und zündete, schilderten die Wochen. Wenige Minuten später ereignete das Feuer die Munitionskammern, und die Explosionen begannen. Eine Anzahl Häuser in der Umgebung wurde durch umherfliegende Explosivkörper in Brand gebracht, zwölf Häuser sind vollständig niedergebrannt. Die gesamte Zahl der Toten und Verletzten ist den politischen Beobachtern bereits der Menge nicht bekanntgemacht, doch soll sie sehr groß sein. Dr. Romanowitsch des Munitionslagers und sechs Arbeiter sind von einer russischen Kontrollkommission verhaftet worden, weil man ihnen wegen ihrer Schuld nach dem Einschlag des Blitzes Verschuldung vorwirft.

Esbes Absage
Das Telegramm, in dem der Reichsregierungsdirektor des Fremden von der deutschen Delegation mitteilte, hatte folgenden Wortlaut:
„Um meinen lieben Bekannten hat der deutsche Reichstag die bevorstehenden Verhandlungen des internationalen parlamentarischen Handelskongresses keine neuen

Nur eine kleine Gruppe von ehemaligen Grundbesitzern, die beziehungsweise unter Führung des ultra-deutschnationalen Politikers von Freitag-Loringhoven steht, hält noch an ihren alten Forderungen fest, für die sie die Unterstützung deutscher Regierungen stellen erhofft.

In nachgebenden estnischen Stellen steht man aber der 18-Millionen-Forderung des Woiwodes der Geschädigten, die im Rahmen des estnischen Entschädigungsgesetzes erfüllt werden kann, sympathisch gegenüber, da es sich hier um einen durchaus legalen Vergleichsentscheidungs handelt. Es ist zu hoffen, daß die Woiwode, die in Estland auch gegenüber den reduzierten Entschädigungen der deutschen Geschädigten bestehen, möglichst bald übergeben werden. Denn es hat sich bei Verhandlungen zwischen den Geschädigten und Estland nicht nur darum, das Prinzip zu betonen, daß ausländische Staatsangehörige nicht ohne einigermäßen hinsichtlich Entschädigung erträgt werden dürfen, sondern der Eigentumsgehalt noch irgendeine Geltung haben soll.

Wenn, wie es erwarten ist, die Einigung auf der jetzt vorgeschlagenen Basis erfolgt, so ist damit der letzte Mißton zwischen Deutschland und Estland beseitigt und alle Voraussetzungen für das gedeihliche Zusammenarbeiten der beiden Staaten sind gegeben.